

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungstafte.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Ritterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaßte Kolonenspalte:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zukunftsfragen

In einer Zeit, die uns deutlich das nahende Ende des Krieges zeigt, nimmt es kein Wunder, wenn sich die Frage: „Was dann?“ in den Vordergrund drängt. Als Bevölkerungsschichten melden ihre Forderungen an den Staat, die Gesamtheit an. Auch unsere Vertretung, die Generalkommission ist sehr nach gewesen und hat die notwendigen Forderungen der Regierung unterbreitet und sie der öffentlichen Befruchtung übergeben. Die Form der Denkschriften ist dazu gewählt worden. Gleich uns sind aber auch die anderen Schichten auf den Plan getreten und arbeiten mit den gleichen Mitteln. Wie im ganzen Leben, müssen auch hier die Klassenunterschiede und Forderungen zutage treten. Während wir bisher in Friedenszeiten gewohnt waren, politische, sozialpolitische und wirtschaftliche Forderungen streng auszeneinanderzuhalten, die Gesetzgebung dem nachkam und beispielweise den Gewerkschaften jede politische Tätigkeit untersagte, zeigt sich in diesen Denkschriften immer mehr, daß diese Art der Behandlung eine glatte Unmöglichkeit ist. Dem Arbeiter war aber durch das Gesetz eine Überwindung der mit der Entwicklung unserer Gewerkschaften immer größer werdenden Schwierigkeiten erschwert, wenn nicht teilweise unmöglich gemacht. Das Unternehmertum ist ja nie an diese Grenze gebunden gewesen; die 6 Wirtschaftsverbände, die 1915 ihre wirtschaftlichen „Röte“ durch die Auflösung politischer Vereinigungen, Unionen, zu beheben versuchten, sind ein deutlicher Beweis für diese Ausführungen.

Auch in den neueren Denkschriften des mancherlei Wirtschaftsgruppen werden wirtschaftliche Gründe zur Erhebung politischer Forderungen und umgedreht, dienen. Ein Muster dafür ist die im Dezember 1917 an die Reichs- und die oberste Heeresleitung gerichtete Denkschrift des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins deutscher Eisenhüttenleute". Sie ist betitelt: „Zur Einverleibung des französisch-lothringischen Eisenberglandes in das deutsche Reichsgebiet“. Warum ist sie „als Handschrift gebrückt“? Da sie aber die Zukunft der deutschen Eisenindustrie behandelt und auf Grund ihrer wirtschaftlichen Ziele politische Forderungen von größter Dringlichkeit erhebt, dadurch aber die nähere Zukunft, den Friedensschluß, die weitere Zukunft, das Leben der europäischen Völker zu beeinflussen geeignet ist, ist sie wohl wert, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Uns Metallarbeiter geht sie aber besonders deshalb an, weil wir die eigentlichen Beteiligten sind. Die Eisenindustrie ist die wichtigste Industrie, sie schafft erst die Möglichkeiten der Entwicklung der übrigen Industrien. Sie ist aber auch die Industrie, die die meisten Arbeiter beschäftigt und in Zukunft beschäftigen wird. Die Denkschrift ist auch in Massenauslage in den Reihen unserer Kollegen verbreitet worden, um sie für die dort erhobenen Ziele einzuspannen. Ihre ganze Art der Beweisführung ist so gehalten, daß sie sehr wohl zu diesem Ziele gelangen kann. Das würde unserer Ansicht nach zum großen Schaden der Arbeiterschaft als Staatsbürgern ausschlagen. Zwei Gesichtspunkte stehen im Vordergrunde der Schrift. „Aus vollwirtschaftlichen Gründen, aus strategischen Gründen müssen wir, das heißt Deutschland, Französisch-Lothringen mit dem Erboden von Longwy-Briech einverleiben.“ Warum aus wirtschaftlichen Gründen? „Die deutschen Lager sind bald erschöpft.“ Der Nachweis dafür soll erbracht sein durch Gutachten und Berechnungen zweier Autoritäten auf diesem Gebiet. Danach wird im Durchschnitt die Lebensdauer des deutschen Eisenbergbaus mit 40 bis 50 Jahren angegeben. Als Grundlage dient die Ausbeute und der Stand nach 1917. Nun ist aber jedem klar, die Berechnung als richtig vorausgesetzt, daß nach dem Kriege eine wesentlich größere Förderung eintreten muß. Jeder von uns weiß, daß das gesamte Eisenmaterial der Waffen und öffentlichen Anlagen umgehauer abgenutzt ist und ersetzt werden muß. Unterstellt sind die Berechnungen über die „aus dem Schrotverschmelzung allein ausgebaute Stahlindustrie“ nicht zutreffend. Erfahrungsgemäß hat das Eisen noch 25 bis 30 Jahren seinen wirtschaftlichen Kreislauf vollendet und steht als Schrott, altes Eisen, zur Hütte zurück, um neu eingeschmolzen und zu Stahl verarbeitet zu werden. Nun fällt aber das Stahlerzeugnis der Kriegsjahre zum größten Teil fort, da es in Form von kleinen Splittern aus allen Kriegsschauplätzen der Erde, am Grunde aller Meere usw. liegt. Es dreht sich dabei um ungeheure Mengen verarbeiteten Rohstoffes, die unbedingt verloren sind, für die auch kein Ersatz zu schaffen ist. Die Versorgung stellt sich also noch ungünstiger als die Denkschrift sagt. Es wäre demnach eine trübselige Aussicht für die Industrie, das heißt für die Arbeiter, wenn diese Voraussetzungen zutreffen. Wenn es wahr ist, daß Zahlen reden, so sprechen obige Ziffern eine grausame Wahrheit; sie sagen in dünnen Worten, daß Deutschland in etwa vier Jahrzehnten am Ende seiner heimischen Versorgung, also am Ende seiner Eisenträfte angelangt ist, daß Deutschland also nach dem Jahre 1950 sich gegen seine Feinde mit deutschem Eisen nicht mehr zur Wehr setzen kann und dann dem Untergang geweiht ist.“

Als Zahlen der Denkschrift als richtig vorausgesetzt — sie nachzuprüfen und das Gegenteil zu beweisen, wird ja lange Zeit dauern und ist im Augenblick kaum möglich — erhebt sich doch die Frage: Sind die an diese Aussicht getulpften Forderungen derart, daß sie die Aussicht verbessern? Und das ist entschieden zu befürchten. Nach mancherlei Wertberechnungen heißt es: „Nebenfalls würde uns die kurze Weise und Longwy vergleichbare Stellungslage auf ein Jahrtausend die Zukunft der Eisenindustrie sichern.“ Auf keinen Fall würde also die Herrschaft länger als ein Jahrhundert dauern und dann die deutsche Industrie vor genau dem gleichen Schicksal stehen. Da die Schrift agitatorischen Zwecken dient, braucht man die Zahl nicht genau zu nehmen. Wenn aber das jegliche deutsche Eisen 40 bis 50 Jahre hält, das Einfügen der Lothringischen Gebiete diese Zeit um 50 Jahre verlängert — und das ist der günstigste Fall — so ist damit ja kaum viel gewonnen, wenn man die Kosten des Gewerbes in Rechnung stellt. Zurück wird ja auch die Zahl eingeschränkt durch den Abbau. Die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ist mit Eisenfaktoren vor sich gegangen und aufzuhalten wollen. Sie wird zweimal gefährdet werden. Mit dem neuen

Ergebnis einverleibt, so wird die bisherige Ausbeutungsmenge nicht eingehalten, sondern genau wie im alten Erzgebiet von Jahr zu Jahr gesteigert werden. Die jetzige Wirtschaftsweise ist zu allen Seiten ein Raubbau an den Naturräumen, nur geleitet von der Profitsucht, geführt worden. In die Zukunft der Volkswirtschaft haben die Nutznießer des Privateigentums noch nie gedacht. Dass sie jetzt damit kommen, ist schon recht verdächtig. Theorie und Praxis sind bei unseren Kapitalisten noch nie eins gewesen. Ihre ganze Geschichte von der Übernahme der Altbauernschaft vom Staat an beweist, daß die Vorsorge für die Zukunft noch nie eine Rolle bei ihnen gespielt hat, wenigstens nicht in dem Sinne, daß die Ausbeutung vorhandener Naturräume deswegen eingeschränkt worden wäre. So würden auch die verschiedenen Millionen Tonnen Exportvolumen in Französisch-Lothringen unter der gesteigerten und weiter zu steigernden Ausbeute nach kürzer Zeit nicht mehr reichen und unsere Schwerindustriellen sähen sich nach weiteren Gebieten um.

Die wichtigste Frage bleibt aber doch unauflöslich, die nach den Kosten einer solchen Erwerbung. Die gleichen Herren aber, die sonst im Leben zuerst fragen: „Lohnen sich auch die verausgabten Kapitalien?“ gehen in der Denkschrift mit seltsamen Worte auf diese Seite der Sache ein. Wohl suchen sie mit phantastischen, ins Ungeheue gestiegenen Zahlen, indem der Wert der Tonne Stahl im Wert fertigen Produkts, zum Beispiel Schrauben, berechnet wird, dem Leser einen Begriff von der Größe des volkswirtschaftlichen Wertes der zu annexierenden Länder zu geben. Sie selbst sollten aber wissen, daß man dem deutschen Leser auch mit Milliarden stiftiver Vermögen nicht mehr imponieren kann, seit er mit Hunderten Milliarden militärischer Schulden zu rechnen gelernt hat. Aber selbst wenn diese Vermehrung, in Zahlen angegeben, stimmt, fragen wir uns doch, wieviel der Krieg kostet wird. In diesen Blättern wurde vor einiger Zeit einmal vorgelegt, warum das Deutsche Reich nicht auf Elsaß-Lothringen verzichten könnte, 75 v. H. unserer Erzförderung stammen daher. Longwy-Briech liefert aber 80 v. H. des französischen Erzverbrauchs. Und wenn Elsaß-Lothringen das Rückgrat der deutschen Erz- und Eisenindustrie ist, so Französisch-Lothringen das unserres westlichen Nachbarn. Der wechselseitige Besitz dieser beiden Gebiete ist also eine Lebensfrage der beiden Reiche. Sie würden also um den Besitz dieser Gebiete bis zum Weißblutkampf müssen. Erst in diesen Tagen erfuhrn wir, daß im März ausgestrekte Friedensföhren an dem Bezirk Frankreichs auf das noch erst zu erobernde Elsaß-Lothringen gestellt sind. Um wieviel würde der Krieg verlängert, wenn den ersten Schwerindustriellen ihr Wunsch erfüllt werden sollte? Wie die Annexion Elsaß-Lothringens zu den unmittelbaren Kriegsergebnissen des jetzt tobenden Krieges gehört, würde die Annexion Französisch-Lothringens weiter uns, noch unserem Nachfahren Ruhe im Frieden gewähren? Eine ungeheure Verschärfung des Revanchegedankens wäre die unablässliche Folge. Dementsprechend würden die belästigenden Rüstungen ins Endlose weiter getrieben und nach verhältnismäßig kürzer Zeit würde eine Wiederholung des jüngsten Krieges kommen. Dieses trübe Bild der ferneren Zukunft wird nicht gemildert durch das der nahen Nehmen wir an, der Krieg würde auch nur um drei Monate zur Erreichung dieses Ziels verlängert, so wären, abgesehen von den etwa 10 Milliarden Goldlosen, die Verluste an Menschen schon so groß, daß auch keine Neuerwerbung von Land sie gut zu machen imstande wäre. Den Krieg im jetzigen Tempo auch nur um einen Tag zu verlängern, ist ein Verbrechen. Wieviel mehr noch um solch wahnwitziger Pläne willen! Gerade wie Arbeiter stellen die weitesten Zahlen der wirtschaftlichen Kämpfer, die mit ihrem Blut für den Kampf stehen. Wir sind auch die im Heimatland am meisten Leidenden. Wir Metallarbeiter kennen aber auch die Herren am besten, die hinter dieser Annexionspropaganda stehen. Wir wissen genau, daß Vaterland für sie ihr eigener Heimatland ist. Und daß sie diesen Freuden und Zielen alles opfern, nur sich selbst nicht.

Mit diesen Annexionsplänen ist es aber noch nicht am Ende. Man denkt mir an die Aussichten, die folgender Satz eröffnet: „Selbst diese 60 bis 80 v. H. der Friedensleistung erreichende Roheisenherstellung wäre unmöglich gewesen, wenn die Franzosen unmittelbar nach der Kriegserklärung vor ihrerart an der Grenze liegenden Festung Longwy mit weittragenden Geschützen die hochragenden und gute Zielpunkte gebenden ausgedehnten Schacht- und Hüttenanlagen der Luxemburgischen und Lothringen Eisenreviere hätten zusammenstehen und sofort auch ihre eigenen nahe der Grenze gelegenen Berg- und Hüttenanlagen sprengen können.“ Wie diese Möglichkeit den Grund zur Annexionierung Französisch-Lothringens in zweiter Linie abgibt, so muß nach der Einverleibung auch dieses Gebiet gegen die Beschleierung mit weittragenden Geschützen geschützt werden. Welche Aussichten eröffnet das, wenn wir uns die neue technische und chemische Errungenschaft der mehr als 100 Kilometer weit tragenden Kanonen vergegenwärtigen! Wie müßten als Metallarbeiter und Friedensfreunde eine Unterstützung dieser Art Verteilungen mit aller Entschiedenheit ablehnen. Da eher, desto lieber muß ein Ende mit diesem Kriege gemacht werden. Mit jedem Tage längerer Dauer stellen die Kosten lawinenartig an. Schon jetzt ist unsere Zukunft auf Jahrzehnte belastet mit der Sorge um die Aufbringung der Milliardenzahlen dieses Krieges. Wird er noch ins Uferlose verlängert, weil man den Haushaltsschatzen an ihre Lebensintervalle will, so sind Generationen verurteilt, den jetzigen Ruhezettel des gewaltigen Kriegs in harter Konkurrenz zu dienen und auch bis in die ferne Zukunft die Garantie für die Versorgung und Abdeckung der heutigen öffentlichen Kosten zu übernehmen. Dieselben Herren, die die Unionen verlangen, verbieten mit jedem Tage ungeheure Summen an den Kriegsausgaben. Diese verwenden sie zum guten Teil zum Beleben der Kriegsanleihen, zum andern Teil zur Stärkung ihrer Kampfkraft gegen uns. Mit den Anweisungen auf einen großen Teil der jährlichen Rebarbeit der Nation in der Lasse und den aus der gleichen Quelle stammenden Mitteln, die Arbeiterschaft brutal niederausmuhen und gefügt zu machen, können sie getrost in die Zukunft sehen und weite Forderungen erheben.

Sie sind sehr schlecht aus. Sie sind noch mehr verderben zu lassen, haben wir keine Ursache. Wir könnten wir einzeln nicht viel in die Woge werfen. Geschlossen aber könnten wir immerhin auch diesen Schaden allerlei abwenden.

Ummerlung der Schriftleitung. Wir möchten die Ausführungen unseres Mitarbeiters noch dahin ergänzen, daß es noch gar nicht gewiß ist, daß nach dem Kriege eine größere Erzförderung eintreten muß. Jetzt geht zwar ein großer Teil des gewonnenen Eisens in Form von Granatsplittern unverbringlich verloren. Nach Friedensschluß hört dies aber doch auf. Ferner sind die bei den Eisenbahnen zu erneuernden Eisen- und Stahlteile doch nur an gewissen Stellen abgenutzt und in der überwiegenden Masse doch noch vorhanden. Sie können also mit verhältnismäßig geringem Verlust eingeschmolzen werden.

Rüstet euch!

Schon immer ist die Metallindustrie fürs deutsche Wirtschaftsleben von Wichtigkeit gewesen. Noch bedeutsamer ist sie im Kriege geworden. Als Werkstatt der Waffen und sonstigen Kampfmittel, die seit Jahren mächtige Gegner draußen niederhalten, ist sie zum Arbeitsfeld größerer Menschenmassen geworden als je zuvor. Aus fast allen Schichten der Bevölkerung schaffen hier hunderttausende Arbeiter und Arbeitnehmer um des Volkes Sein. Ein großer Teil von ihnen hätte, wäre Frieden geblieben, wohl nie seinen Fuß in eine Fabrik gesetzt. Der Krieg jedoch hat sie hineingezogen in die Industrie.

Da sind die zahlreichen Kleinmeister aus allen Gewerben, für deren einstige Geschäftsbetätigung kein Raum im Kriege ist. Ferner die vielen Handelsreisenden und Kaufleute, die früher mit überseeischen Waren Geschäfte machten, bessere Zeiten geschenkt oder doch mindestens ein anderes Leben erlebt haben. Dann die jungen Söhne gefallener Väter, die, ihres Fürsorgers beraubt, nun in der alten besseren Wohlfahrt nicht mehr weiter können, zum Industriearbeiter werden. Da ist weiter die erhebliche Zahl ländlicher Bewohner, die von außerhalb in die Rüstungsindustrie — halb als Landwirt — strömen. Und endlich die Kriegsfronten und Kriegswohlwollen und die Töchter des Volkes als, deren Arbeitsfeld im Frieden Haus, Hof, Familie, Schreibsala und Kaufladen waren oder geworden wären. Sie alle arbeiten jetzt Hand in Hand in der Rüstungsindustrie, sind Fabrikarbeiter geworden, und meistens auf für sie bis dahin unbekannten, fremden Boden gestellt. Ein neues Leben mit neuen Aufgaben hat sich ihnen erschlossen.

Viele mögen hoffen, nach Beendigung des Krieges in die früheren, freundlicheren Verhältnisse zurückkehren zu dürfen, mögen auch glauben, in der jetzigen Stellung verbleiben zu können. Die meisten von allen werden enttäuscht bleiben. Denn was gewesen ist, kommt so genau nicht wieder. Der Sturm der Zeit hat manchen Standort im Wirtschaftsleben für immer verweht.

Das gleiche gilt den Volksgenossen im Felde. Hier ist es Ehrenpflicht für jeden Unternehmer, alle in seinem Dienst Gewesenen, die dann das Leben noch haben, wieder an den alten Platz zu stellen. Deutschlands Städte und Fabriken sind Dank seiner Söhne und Waffen nicht verwüstet; alles steht noch am alten Platz unversehrt. Ob aber trotzdem alle Überlebenden ihn einst verlassenes Werk wieder aufnehmen und fortführen können? Niemand kann das sagen. Nur soviel ist gewiß: die Zurückkehrenden werden auf die Arbeitsplätze den größten Einfluß ausüben.

Die Kriegswirtschaft von heute muß dann wieder in die Friedenswirtschaft umgestellt werden. Deutschland wird zunächst für seinen eigenen Bedarf arbeiten. Daneben muß es natürlich sein, Abschläge für seine industriellen Erzeugnisse zu suchen. Kaufleute und Ingenieure müssen dann wieder hinaus in fremde Erdteile, Beziehungen, die der Krieg 1914 herstellten, aufzunehmen und neue anzuknüpfen. Das wird nicht immer leicht und einfach sein. Sie stoßen hierbei auf Vertreter anderer Völker. Ein Wettkampf der Arbeit, neues, friedliches Ringen unter den Völkern beginnt um einen Sonnenplatz in der Welt. Keines will im Schatten stehen.

So bringt und drückt der Krieg mit seinen Folgen nicht nur eine Umgestaltung unserer Wirtschaft und Arbeit, sondern auch eine Umgestaltung unserer Arbeiterschaft. Ein neues Volk, gemischt durch Not und Racht, wird dadurch werden. Neue Aufgaben schließen sich in unserem Wirkungskreis. Es gilt wieder zu leben, friedlich zu arbeiten, aber auch freier und glücklicher zu werden.

Die Grundlage von Freiheit und Glück ist wirtschaftlicher Wohlstand. Ohne ihn ist die Freiheit nur Schein. Die zärtlichsten Familienbände, Freunde, Liebe, sind immer getötet, wo nicht wirtschaftliches Wohl ist. Welcher Mensch könnte ohne Ruhe, Glück und Empfindungen haben, dem Mittel und Zeit fehlen, durch Erholung in der freien Natur, an der Kunst, Wissenschaft und allem Schönern sich und die Seinen zu erquicken? Oder wer könnte gar glücklich sein in den Nöten des Krieges? Oder aufzudenken, wenn die Sorge um das täglich Notdürftigste das Innere bedrückt? Nur Fliehloppe, die Deutschlands Größe wahnsinnig nicht ausmachen, haben folge „Beschützung“, gieße, strebsame Menschen nicht. Einem Heinrich v. Kleist trieb vorwiegend die tägliche Sorge in den Tod, und Friedrich Schiller wurde erst glücklich und frei, konnte sich erst zur höchsten Vollkommenheit entfalten, als der damalige Kaiser Ludwig eine größere Summe ihm seiner täglichen Sorgen entledigte, sein wirtschaftliches Dasein sicherstellte. Also, ohne wirtschaftlichen Wohlstand keine echte Freiheit, kein höchstes Glück.

Der Staat muß dem neuen Wirtschaftsleben die größte Fürsorge und Pflege angedenken lassen. Schon bei Abschluß der Friedensverträge wird er bemüht sein müssen, die Grundlage für günstige Handelsverträge zu schaffen. Über der Staat wird darüber hinaus das Kapital fördern und schützen. Nicht so gewiß des staatlichen Schutzes ist die Arbeiterschaft. Sie muß sich mehr aus eigener Kraft einen ihr gehörenden Platz von Anfang an im neuen Wirtschaftsleben sichern. Dazu bedarf es der Zusammenfassung und des Zusammenschlusses aller unter-

Kräfte. Sowohl derer, die draußen stehen, hoffentlich aber bald wieder bei uns sein werden, als auch derer, die jetzt in der Rückstellung sind und unsie arbeiten, aber noch nicht zu uns gehören.

Ein großer Teil von letzteren sind jene, die wir eingangs aufgezählt haben. Sie stehen noch abseits in der irrtigen Meinung, ihre Arbeit in der Industrie sei mit Friedenszeit aus. Über sie leben noch in der alten Anschauung, die nichts weiß vom Leid der Arbeiterschaft, den gewerkschaftlichen Kampfs nicht kennt, ohne ihn zum Ziel kommen hofft. Sie kommen aber nicht vorwärts ohne die Mithilfe der anderen, jene Mithilfe, die in den Gewerkschaften zusammen gesetzt ist.

Der etliche Schein ist, der sich so oft und so widerwärtig in dem „unauslöschlichen Dorn“ des Vaterlandes an sein Helden soll“ in der „vaterländsparteilichen“ Preise äußert. Wer darauf allein baut, der richtet sein Haus schlecht ein. Und wer da glaubt, an seinen früheren, besseren Platz im Wirtschaftsleben zurückzukehren zu können, kann sich täuschen. Unsere Wirtschaftsverhältnisse, wie sie sind und noch mehr davon werden, berechtigen nicht zu solchen Hoffnungen. Wenn einmal der leiste Geschäftsmann verhakt sein wird, dann ist das ganze Schiedsgerichtsverhältnis sich auf. Was jetzt dann in Stahl, alles geht sich in Bewegung. Deutschland muss seine Arbeit und Wirtschaft neu ordnen, muss einen neuen Platz in der Welt suchen. Ein neues Werden bricht an.

In dieses neue Werden, das Deutschlands Volk erleben wird, muss die Arbeiterschaft bewusst durch die Gewerkschaften sich eingraben. Wohl denen, die sich rechtzeitig durch Fügsamkeit zur Gewerkschaftsbewegung eine Stütze sichern!

Wih. Egger.

Lehrungsfrage und Facharbeiter nach dem Kriege

Darüber sandte uns ein früheres Mitglied unseres Verbandes, nun Mitglied des Werkmeister-Verbandes, eine längere Abhandlung, deren Hauptabschluss folgt: Hier folgen Lassen:

Wie wissen, dass selbst unser mächtigster Gegner, England, sehr oft sich herbeileit zu erklären, deutsche Gründlichkeit und deutsches Organisationstalent stehe in der Welt unerreicht da. Obwohl wir englischen Erfinder- und technisch-wissenschaftliche Leistungen auch nicht verleugnen, glaube ich doch, dass die Deutschen in der Erziehung und Ausbildung der Handwerker uns nicht den ersten Platz vorwegnehmen lassen dürfen. Darauf ist die Erziehung der Lehrlinge zu Qualitätsarbeitern in der deutschen Industrie unsere größte Voraussetzung für die Zukunft. Hier im Lande der Dender und Eider fehlt es ja wohl nicht an Fachlehrern und geistiger Bildung, da können wir uns auch auf indirekte Weise überzeugen müssen. Aber wir dürfen in dieser ungeahnten langen Friedensdauer nicht vergessen, dass in den ersten Jahren nach dem Kriege der gewöhnliche Berufsausbildungslehre fehlen wird. In der Berufsschule vom 7. September 1917 finden wir schon einen längeren Aufsatz über die Lehrungsfrage. Auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung brachte am 3. September 1917 unter „Wirtschaftliches“ eine Untersuchung der Frage des Bedürfnisses nach Facharbeitern und mehr noch, nach hochwertigen Qualitätsarbeitern. In der Werkmeister-Zeitung fanden wir einen Bericht über „Gruppische Lehrungsausbildung“. Alle diese Aufsätze sind schon sehr wichtige Beiträge zur Erfahrung dieser wichtigen Frage. Trotz des schönen Hinweises auf die Art der Gruppischen Lehrungsausbildung glauben wir doch viele Zweifel, das auch bei Krupp (besonders in diesem gewangenen Friedensjahr) erfüllt liefern, dann „Leinen“, dann „Leinen“, dann „Leinen“ die Reihe folgt. Unsere Fortbildungsstädte haben in Erwartung von Lehrern auch verfügt. Besonders in den ersten Kriegsjahren erfüllte mancher Unternehmer. So kommt die Einhaltung unseres Befehlsurteils, dass die Fortbildungsschule. So ersehen wir auch, dass die Lehrlinge wegen „eigner Arbeit“ nicht zur Schule freigeschlossen wurden. „Eigene Arbeiten“ sind auch im Frieden jetzt bekannte Worte gewesen, in Großbetrieben sowohl als in Kleinbetrieben. Es wird leider oft nicht an die völlige Arbeitssatz der Lehrlinge gedacht, als von Stolz erfüllt am Ende der Erziehung der Lehrlinge zu dem man jungen Gelehrten sagen zu können: Es war uns mehr daran gelegen, uns dir einen vollwertigen Facharbeiter zu machen, als zu lassen, dass du uns 3 bis 4 Jahre auf eine billige Kunst wirst.“

Daß im Kriege sich nicht alles so abwickeln konnte wie im Frieden, ist ohne weiteres klar. Eine große Zahl hat ausgedehnte Facharbeiter liegen lassen unter der Erde und liegen nun wieder. Der Nachwuchs, der vielleicht bei Beginn des Krieges die Hoffnung der Leistung besaß, wurde für die Ausbildung bestimmt, um die Lücken, die durch die Einberufungen entstanden, auszufüllen. So wurde mancher Lehrling zu einem „groß“. Mit diesen halb ausgebildeten Drehern, Schlossern, Apparatebauern, Formern usw. haben wir sehr zu rechnen. Wenn die Dreher im Maschinenbau von allen Arbeitsmännern den Nachschub forderten, würde sich manches Heft des Krieges öffnen. Da heißt es dann, ganz weise und vorausschauend in der Vergangenheit die Schule zu erschaffen, was auch die nur halb ausgebildeten Handarbeiter zu Arbeit und Werk zu bringen. Es kann aber allen Zwecken gefolgt werden, dass der Nachwuchs kein Nutzen hat der Ausbildung der Erfahrungsbereinigung. Die Männer, Schneider, Schmiede, Schmiede und Metallarbeiter, die alle als unentbehrlich galten waren als Dreher, Schlosser usw. und das nicht. Diese Dreher sind Bankarbeiter, diese Schlosser sind nur Hilfsarbeiter oder einfach Fabrikarbeiter. Wenn also das Herzstück befreit gehalten ist. Der Schneider dieser Zelle ist als Dreherarbeiter besonders bekannt um die Qualitätsarbeit bei den Drebern. Aber, und mag er jetzt noch so eingeschweift haben an der Drebrücke, am Vorhof oder an der Feuerstelle, wenn er nicht und unangemessen gelernt hat, ist und bleibt er Bankarbeiter. Diese Bezeichnung soll man richtig und mit großer Sorgfalt auf den Fortbildungsschulen setzen, denn auch jeder Facharbeiter Dreher. Es ist kein Zweck, dass bei der Betriebsaufnahme der Betriebsaufnahmestellen und Betriebsaufnahmen die Qualität und Ausbildung des Krieges nicht so sehr in Gang treten. Aber eine genügende Ausbildungsszeit und ausreichende Lehrer für die Grundlage, um den hohen Lehrgang erfüllt werden kann.

Nun zur Lehrungsfrage selbst. In dem ersten Jahre: „Der Krieg ist der Lehrer“, Redet Leibniz (Krieg), findet sich auf Seite 17 unter Erziehung und Ausbildung der Handwerker folgende Bezeichnung: „Unterricht über Erziehung und Ausbildungsschule“; „Unterricht über Erziehung und Ausbildung der Handwerker, weniger an die Qualität und weniger die Qualität nicht in dem Sinne, wie dies bei Lehrerungen der Freien Berufe der Hochschule für Technik liegt. Der Unterricht — es kommt hierauf kein Name des Unterrichts — ist eben genug, dass es nicht ausreicht, sondern es muss eine ganz Selbstverständlichkeit innerhalb, oder es geschieht und zur Voraussetzung überzeugen.“

Dagegen ist die Schule aus dem Krieg gelöscht. „Durch den Krieg ist der Lehrer nicht mehr, nicht nur im alten Sinne, sondern auch aus dem anderen Sinne: Er ist nicht mehr Lehrer, sondern er ist Lehrer.“ Aber wäre gegen diesen Standpunkt, dass die Lehrer nicht mehr Lehrer sind, und ausgesetzte Ausbildungsschule dann geben, um Lehrer auszubilden, die alle die Erziehung herstellen? Nur wenige werden dazu. Wenn wir unter Schmiedemeister in Krieg dem Betriebstechnik ausgebildeten handwerklichen Diensten zu helfen, ist die Erziehung und Ausbildung des in Betrieb befindenden Betriebstechnik im Krieg bestehen. Dieser Dienst ist besonders zu berücksichtigen. Denn jetzt es an der genügenden Anzahl von Lehrern. Und um alle vorhanden zu sein jetzt ja auszukommen, dann benötigt Lehrermeister mit der alten alten Meister, dass es an Lehrern und Lehrerinnen knapp wird.

Weil der Vater im Felde steht oder bei der Heimarmee ist, Erwerbszweigen zuführen, wo sie gleich verdienen. Die häuslichen Verhältnisse sind im Rückgang durch die lange Friedensdauer, sie erlauben es den Eltern nicht mehr, die Söhne etwas lernen zu lassen. Sehr meint doch das bekannte Wort unserer Eltern: „Viele kommt der Junge aus der Schule und wird uns was erabringen.“ Im Kriege haben wir jetzt die Eltern erst recht kommen und bitten, ihren Jungen vom Lehrerberuf zu entbinden, da er auf einer anderen Stelle mehr verdienen könnte. Die Eltern sind in einer drohenden Lage. Oft sind sie selbst nicht der Meinung, dass es das Richtige sei, den Jungen aus der Lehre zu nehmen. Oft aber sind ihre Söhne von schlechten Kameraden überredet worden. Solch hochgeachtete Jugendliche sind es in den seltsamsten Fällen, die all ihren Verdienst den bedrängten Eltern zuführen. Hier muss die ganze elterliche Begierde und Lust eindringen. — Was die Ausbildung der Lehrlinge selbst betrifft, so muss sie auch in wesentlicher Beziehung erfolgen. Damit meine ich: außerhalb der Fortbildungsschule muss auf den Werken, auch da wo nur zehn Lehrlinge sind, richtiger Fachunterricht erzielt werden. Ich habe zum Beispiel Erfolge festgestellt durch folgendes. Auf einer großen Baugrubenbaustelle werden die Dreher und Schlosserlehrer eines Betriebes in der Woche einmal versammelt in einem dazu geeigneten Schulraum. Hier werden an einer großen Tafel die Lehrlinge gebracht über Werkstoffe und Werkzeuge. Der Meister bespricht die vorgestellten Lehrlinge, die er in der Werkstatt hat beobachtet können. Verbotene Arbeitsstühle werden zum Unterricht eingebracht. Es wird erklärt, wie das Verboten gesetzelt ist und wie es hätte vermieden werden können. Auch werden Fragen allgemeiner Art besprochen. Es werden gute Lehrbücher, wie „Müller's Taschenbuch“ und andere zum Studium empfohlen, in größerer Anzahl eingekauft und gegen Selbstkostenpreis abgegeben. Den Dreherlehrern (es handelt sich in diesem Falle um 160 Jungen) wird die einfache Gewindederstellung erklärt. Werkzeuge wie Schraubenschlüssel, Schraubendreherschlüssel werden in ihrer Einzelheit erläutert. Neuerdings ist die Betriebsleitung zur Einsicht der Gewidmigkeit dieses Unterrichts gelangt, sie hat nun mehr einen unterrichtsberechtigten Ingenieur zu dieser Unterrichtsstunde abgeordnet, der die theoretische Ausbildung leitet, die bisher der Meister besorgte. Es werden nun in Anwesenheit des Meisters und des Ingenieurs die Betriebsverhältnisse und Arbeitsschritte besprochen.

Ein solcher Schulunterricht muss unbedingt neben dem obligatorischen Unterricht der Fortbildungsschulen überall sich halten. Auch ist es bei Geschäftsbüroen sehr nötig, dass die Werkstätte Bildung besteht mit dem Lehrerhaus. Viele Lehrlinge, die in großen Fabriken lernen, glauben nicht im entferntesten daran, dass die Eltern sie von einem bestimmten Unternehmensträger etwas erfordern. Aber es wirkt Wunder, wenn im Geschäft die Schreibmaschine schnell einen Brief an die Eltern bringt und ihnen klar und unzweideutig berichtet, wie es mit dem Lehrling steht.

Wofür weiter gewollt werden muss, das ist die Schaffung von Lehrlingswerkstätten oder Lehrlings-Arbeitsplätzen. Wenn keine Zeit mehr, sich dem freudenden und nach allen Einzelheiten fassenden Lehrling zu widmen. Schäfer, in der Zeit der Tagesschule, da hatte der Gefelle noch Zeit, dem Lehrling alles zu zeigen und vorauszutragen. Wir finden es nun richtig, die Werkstatt einzurichten, dass die Lehrlinge von den Gefellen getrennt stehen. Besonders in Dreheren und Schlossereien. Dadurch, dass die Lehrlinge zusammenbleiben, wird der Erfolg gefördert. Wo gleiche Arbeiten gemacht werden, bemerkt man bei den Jungen das Streben zu guten Leistungen.

Der Betriebsschulunterricht, von dem vorhin die Rede war, soll nun den Fortbildungsschulunterricht ergänzen. Wenn, Deutscher Bürgerkunde, alles dies sind sehr geschickte Lehrer der Fortbildungsschule für alle Zwecke, gleich welcher Betrieb. Aber der Betriebsschulunterricht soll mit nach praktischen Geschäftszwecken ausgebaut werden. Die Fähigkeit des Handwerkers beruht auf der Fähigkeit, es zu tun, wenn möglich sogar selbstständig zu tun zu wollen. Wenn auch noch das Ereignisse in weiter Ferne liegt, so wollen wir doch in dem Glauben erstaunen, dass der Friede einst kommt muss. Dann aber wollen wir es recht vorbereitet sein für alle Fragen, die an uns herantreten, um gute deutsche Männer der Welt wieder anstreben zu können. Es ist mir einmal die Eigentum des deutschen Volkswohls, nichts vorzutragen zu ziehen, fast jeder will eine kleine Sache — beschrieben gesagt — etwas „Beweise“ machen. Dafür folgendes als Beweis: Zu meiner Werkstatt sind 150 Dreherlehrer. Die angestellten Schriften zeigen deutlich, dass die Eltern bemüht sind, den Jungen ein Handwerk lernen zu lassen, damit ihr Erwerbszweig ein besserer wird, als der des Vaters. Bei 35 Lehrlingen bei der Ritter Bergmann, bei 10 Schlosser, bei 25 Tagelöhner, bei 31 angelernter Schreinärbeiter, bei 19 Handwerkermeister (selbständige), bei 20 Büroarbeiter. Hier sehen wir, wie ungemein stark der Zweck da ist, in deutscher Hause den Söhnen des Volkes. Auch liegt in dieser Situation die Begeisterung des Sohnes: „Sie ist sehr wichtig.“ Schon in der Übergangszeit wird zum Zweck zum Frieden zum Frieden durch den kleinen Augenblick einer Sache lassen, dass wir mehr als vorher vom Agrammat zum Industrieunterricht geworden sind — es steht durch den Krieg. Es ist nun unsere Pflicht, planmäßig auf diese Lehrlinge einzutreten, um deutsche Schmiedemeister, deutsche Maschinenmeister das zu geben, was sie zu erlangen, folglich machen Schmiedemeister in größerer Zahl angelegt werden. Aber alle diese Ziele bedingen vorausgesetzte und ausgewählte Facharbeiter. Aber die Jugend zu bedingen braucht mehr, dem gehört die Zukunft.

Unser Verband in der 195. Friedenswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 195. Friedenswoche ist in nachstehender Tabelle dargestellt.

Das erzielte Ergebnis und Beurteilung hierzu nicht eingegangen auf den Berichtsstellen: Berlin, Görlitz, Schmalkalden, Ilmenau und Siegen-Solingen.

Übersicht über die Zeit vom 21. bis zum 27. April 1918.

	Bezirk	Stadt	Ortschaft								
1.	21	1	10925	22	113	31	10812	1	0,01	9	
2.	22	—	14095	14	99	36	14526	13	0,05	185	
3.	23	—	11519	13	63	12	11456	11	0,10	54	
4.	24	—	60483	62	405	31	49924	129	0,25	1039	
5.	25	2	41534	55	285	36	41245	35	0,50	159	
6.	26	4	41202	76	212	49	41061	34	0,05	177	
7.	27	—	23817	45	585	147	27754	14	0,02	113	
8.	28	—	26160	44	265	62	27905	2	0,01	11	
9.	29	—	51241	57	593	29	51021	25	0,05	76	
10.	30	—	56225	55	351	34	56020	65	0,02	441	
11.	—	1	70570	90	8407	114	71272	253	0,25	1224	
Summe		5	426212	624	11373	732	426212	572	0,15	3288	

Ergebnis der im 195. Friedenswoche eingetragenen, Schriftsteller und

Im Berichtsstelle wurden (ausser Berlin) 4222 neue Mitglieder aufgenommen. In Berlin werden im Spate des zweiten Friedensjahrs 1918 neue Beziehungen gemacht. In Berichtsstelle überzeugt ist bei Berlin der ganze Zeit und Abgang vom ersten Berichtsjahr 1918, mit Ausnahme der vom zweiten Berichtsjahr und zum zweiten Berichtsjahr entzogenen. In Berichtsstelle sind 263 Mitglieder nach dem Berichtsjahr entzogen. In Berichtsstelle sind 6577 Mitglieder nach dem Berichtsjahr entzogen als entzogen werden. 45604 Mitglieder sind auf dem Berichtsjahr entzogen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragserhebung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, dass mit Sonntag den 19. Mai der 21. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Mai 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatus folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitrags erhöhung
	I	II	III	
Altötting-Burghausen	10	5	5	1. Juli.
Gevelsberg	30	15	15	21. Beitragswoche.
Gleiwitz	10	10	10	27.
Gotha	10	10	5	1. Juni.
Katthus	10	—	5	27. Beitragswoche.
Schwientochowitz	10	10	10	27.
Suhl und Umgebung	10	10	—	21.
Tuttlingen	15	15	10	1. Juni.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Angeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Der Maschinenarbeiter Arthur Gottschlich, geboren am 21. April 1875 zu Berlin, Buch-Nr. 765175, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig:

Der Schlosser Paul Müller, geb. am 26. April 1877 zu Rogen, Buch-Nr. 1.026218, nach § 28 Abs. 9 des Statuts.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Novgorod:

nicht nur diese Frage, sondern die Lohnfrage überhaupt, verbunden mit Aussprachen über die Arbeitszeit wären da zu behandeln, um falls die Regelung dieser Fragen greifbare Gestalt annimmt, bereits Maßnahmen festgelegt zu haben. Die Kollegen wären gewohnt sehr erfreut, wenn weitere Vorschläge gemacht würden, um unseren Beruf wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Ch. Endemann.

Metallarbeiter.

Chemnitz. Am 27. April tagte im Volkshaus die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle. Der Bevollmächtigte erstaute hin, daß zu Beginn des Sachzes in verschiedenen Betrieben Verhandlungen wegen Durchführung der mit dem Metallindustriellen-Verband abgeschlossenen Vereinbarung zu führen gewesen sind. In 7 Betrieben wurden Lohnbewegungen durchgeführt. In den Adlersbergen wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, die eine Lohn erhöhung von 14 % für alle über 18 Jahre alten männlichen Personen vorsieht und 9 % für Arbeiterinnen und jugendliche Personen im Alter von unter 18 Jahren. Gleichzeitig ist ein Lohnzuschlag von 13 v. H. für Altkordarbeiter vereinbart worden. Die Löhne für männliche Personen stiegen im Durchschnitt von 108 auf 117 %, für Arbeiterinnen von 47 auf 56 %. Bei Stahl & Chrlig wurde neben der Lohn erhöhung im September v. J. eine weitere Zulage von 4 % die Stunde für erwachsene männliche Arbeiter über 18 Jahre erreicht, für jugendliche männliche Personen unter 18 Jahren und Arbeiterinnen um weitere 3 %. Für Altkordarbeiter wurde der Zuschlag auf 40 v. H. festgesetzt bis zum Höchstbetrag von 24 M. Die Stundenlöhne stiegen für männliche Arbeiter im Durchschnitt von 90 auf 94, für Arbeiterinnen von 49 auf 52 %. Die Monteure der Firma Bernhard Gläß forderten eine Lohnerschöpfung. Für diesen Betrieb gilt jedoch die Vereinbarung, die mit den Metallindustriellen abgeschlossen ist, wonach in der ersten Lohnperiode im April wie im Juli je 5 % Zuschlag gezahlt wird. Es gelang jedoch für 11 Personen eine weitere Lohnerschöpfung um 6 % die Stunde und für 5 Personen um 2 % zu erreichen. Der Stundenlohn stieg im Durchschnitt von 120 auf 124,7 %. In der Draht- und Metallwarenfabrik von Langer & Endler gelang es, die Vereinbarung vom 20. November v. J. zur Anerkennung zu bringen. Für männliche Personen stieg der Lohn hierdurch im Durchschnitt von 68 auf 80 %, für Arbeiterinnen von 39 auf 40 %. Die Firma Ratz Siegler gewährte ihren Arbeitern, soweit diese mindestens 18 Jahre alt sind, neben der bewilligten Lohnzulage vom 23. Oktober 1917 eine weitere Erhöhung um 13 % für jugendliche männliche Personen und Arbeiterinnen um 9 %. Für Altkordarbeiter soll ein weiterer Zuschlag von 5 % die Stunde gewährt werden. Die Stundenlöhne stiegen im Durchschnitt für männliche Personen von 104,3 auf 113 %, für Arbeiterinnen von 48,8 auf 54,8 %. Die Arbeiter der Firma Teuchner & Längen erreichten für Facharbeiter eine Zulage von 20 %, für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen eine solche von 15 % die Stunde. Der Lohn für männliche Personen stieg hierdurch von 94 auf 111,5 %, für Arbeiterinnen von 40 auf 55 %. Die Firma Langer & Co. kündigte die Vereinbarung, weil der Unternehmer dem Metallindustriellen-Verband beigetreten war, erklärte er, voreilig keinen neuen Vertrag wieder abzuschließen zu wollen. Später erklärte er sich zum Abschluß eines neuen Vertrages bereit, brachte den Arbeitern aber eine Vorlage, die eher einer Verschlechterung als einer Verbesserung ähnlich war. Die Angelegenheit kam vor dem Schlichtungsausschuß zur Verhandlung, wo die Firma sich bereit erklärte, einen Vertrag mit ihren Arbeitern auf ein Jahr abzuschließen. Die Löhne für Facharbeiter wurden festgesetzt auf 88 bis 110 %, für Monteure auf 125 %, für erwachsene Hilfsarbeiter auf 65 bis 75 %, für jugendliche Hilfsarbeiter auf 40 bis 50 %, für Arbeiterinnen auf 40 bis 60 %. Die Lohnsteigerung bezog hier im Durchschnitt für männliche Personen 5 %, von 112 auf 117 % die Stunde, für Arbeiterinnen von 55 auf 60 %. Ein der Chemnitzer Maschinenfabrik wurde nach Abhaltung einer Versammlung der Lohn für Arbeiterinnen von 35 auf 38 % erhöht. Eine Lohnsteigerung war hier infolge der übergrößen Zahl von Industriellen nicht durchführbar. Auch bei der Firma Kurt Blaschke konnte eine Lohnbewegung nicht geführt werden, weil dieser Betrieb (eine Kriegsgründung) nur von indifferenteren Personen besetzt war. Das Gleiche trat ein bei der Firma Karl Hoffmann in Neustadt, wie auch bei Nagel & Höhl für die Arbeiterinnen. Außerdem berichtete der Bevollmächtigte über eine Anzahl Beschwerden, die an die Firmen selbst oder an die Kriegsamtstelle wie auch an die Gewerbebehörde und die Gewerbepolizei gerichtet worden sind. Zum allergrößten Teil war es möglich, Abhilfe zu schaffen. Ganz besonders wurde vom Bevollmächtigten hingewiesen auf Vorwürfe vor dem Schlichtungsausschuß, die erkennen ließen, daß der Vorwirkende große Genügsamkeit zeigte, die Gelben zu den Sitzungen mit hinzuziehen, auch wenn ein solcher Untergang drohte. Da gegen dieses Verfahren die ständigen Besucher Einspruch erhoben hatten, sollen nun unorganisierte Besucher ernannt werden. Zu diesem Zweck hat Herr Hauptmann Blaschke ein Kundschreiben an die Arbeiterschaft ergehen lassen, welches lautet: "Der unterzeichnete Vorwirkende beschäftigt in allen, wo unorganisierte Arbeiter vor dem Ausschuß kommen, auch unorganisierte Arbeiter als unständige Mitglieder des Ausschusses heranzuziehen. Sie werden erfaßt, bis 25 bis 30 Mts. 1 oder 2 Arbeitnehmer aus Ihrem Betrieb anther zu benennen, die keiner Arbeiterorganisation angehören und die hinsichtlich ihres Lebensalters ihrer Erfahrung und ihres seitherigen Interesses am Wahrnehmung von Arbeiterangelegenheiten geeignet erscheinen und bereit sind, ein derartiges Amt auszuüben. Sollten Sie hierzu nicht in der Lage sein, so wollen Sie hierzu eine Mitteilung Ihres Arbeiterausschusses beiziehen und anderer mitteilen. Frühere Vorstöße zur Angabe Ihrer Mitteilung liegt bei." — Die Pflichtverdienstfond für Lebensmittelbereitung hat im ersten Vierteljahr 8 Kontrollen vorgenommen. An 5 davon nahm je ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes teil. In einer Anzahl der Geschäftsräume mußten die Kollegen nochmal lang mit der Arbeit auseinander setzen, wobei einige Unternehmer geringe Unterstützungen bis zu 4 M. den Tag zahlen. Die Verwaltung hat deshalb den Entscheid der Kriegsamtstelle angenommen. Der Entscheid war bis zur Generalversammlung jedoch nicht getroffen worden, ob die Feierlichkeiten in den hiesigen Geschäftsräumen auf Grund der Bundesratsverordnung vom 31. Januar entblößt werden, indem diese Angelegenheit noch das Kriegsamt in Berlin beschäftigt. — Die Pflichtverdienstfond ist im 1. Vierteljahr von 9041 auf 9285, um 244 M. v. d. 3. gestiegen. Der 1. Klasse gehören am 7010, der 2. Klasse 2000 M. dazu. 1917 und der 4. Klasse 148 Mitglieder. Die Einnahmen der Hauptfond waren 73326,70 M., die Einnahmen der Nebenfond 85692,65 M. Die Ausgaben der Hauptfond betragen 44681,47 M. 28.000 M. werden an die Hauptfond eingezahlt. Die Ausgaben der Nebenfond betragen 30613,02 M. Zur Unterstützung wurden 29787,05 M. gezahlt, davon aus der Hauptfond 25731,35 M. und 4005,70 M. und zwar 71,25 M. für Reisefond, 40 M. für Untergangsunterstützung, 14457,50 M. für Pflichtverdienstfond, 96335 M. für Arbeitslohnunterstützung, 219 M. für Hochregelungsunterstützung, 499 M. für Kriegsamtunterstützung, 395 M. für Steuergeb., 20 M. für Rechtsgeb., 991,85 M. für Kriegsnotstandsbetreibung. Unterstützung aus dem Kriegsnotstandsfond ist gezahlt worden an 64 Familien 712 M. außerdem sind an 8 Familien von Kriegsgefangenen noch 86 M. aus Notmitteln gewährt, so daß insgesamt 72 Kriegsgefangene unterstützt worden sind. Die Ausgaben, die von der Stadt Chemnitz im 1. Vierteljahr gezahlt werden sind, betrugen 2892,60 M. an 311 Personen. — Die Aussprache war eine recht rege. Vor allem war es das Kundschreiben des Vorwirkenden hinsichtlich vom Schlichtungsausschuß, das einen großen Unwillen in den hiesigen Betrieben hervorgerufen hat. Das der Versammlung wurde, nachdem der Bevollmächtigte versichert hatte, daß er diese Angelegenheit bei der Kriegsamtstelle in Leipzig vorgetragen habe, nachstehende Entschließung beantragt, die einstimmig zur Annahme kam: "Die am 27. April 1918 im Volkshaus in Chemnitz zur Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist beigegekommen: Die Versammlung vom Chemnitzer

Schlichtungsausschuß vom 15. April 1918 wegen Erinnerung von Unorganisierten zu unangemessenen Besuchern mit dem hiesigen Schlichtungsausschuß eine Unfreiheitlichkeit gegen die freien Gemeinschaften. Die Generalversammlung vertrittet sich, daß durch derartige Maßnahmen das Vertrauen zur Nachsprache des Schlichtungsausschusses sinkt und die Arbeiterschaft allgemein empört wird. Die Generalversammlung erfüllt ausdrücklich, daß durch dieses Handelschreiben die Arbeiterschaft in verschiedenen Betrieben beeinträchtigt werden ist und mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung gerechnet werden kann, wenn die Beschwerden der Arbeiter vor dem Schlichtungsausschuß infolge Hinziehung unorganisierter Besucher aus Arbeitnehmerkreisen nicht genügend gewölbt werden sollten. Die Generalversammlung erwartet jedoch, daß die Kriegsamtstelle dafür sorgt, daß die Beschwerden vor dem Schlichtungsausschuß in dem Sinne behandelt werden, daß die Arbeiter Vertrauen zu dieser Schlichtungsausschuß haben können. In entgegengesetzten Fällen müßten die Vertrauensleute daraus entstehende Folgen für die Zukunft ablehnen." Es weiteren wurde von den Kollegen Günther und Melzer die Haltung des Vorstandes einer Kritik unterzogen. Diese Kollegen erachteten es für falsch, daß der Vorstand den Aufruf in Art. 10 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht hat, der sich gegen die Auferordnung zur Niederschaffung der Arbeit, zum Verlassen des Betriebs verteidigt. Der Bevollmächtigte trat dieser Ansicht entgegen und wies darauf hin, daß der Vorstand den Verband nach innen und außen auf Grund des Verbandsstatus zu vertreten habe. Erwartet könne jedoch nicht werden, daß der Vorstand entgegen dem Beschluß der letzten Generalversammlung handeln dürfe, wo die Ansicht derer in der Minderheit blieb, daß der Verband die unabhängige Partei als ihre Vertretung annehmen. Die Polizeikräfte verhinderten es, diese Aussprache weiter zu führen.

Duisburg. Die Vierteljahrsgeneralversammlung im April war von über 400 Kollegen besucht. Unter "Wer sind Sie eigentlich" kritisierte der Kollege R. seine Haltung des Verbandsvorstandes, besonders verurteilte er den Aufruf in Art. 10 der Metallarbeiter-Zeitung. Am Schlusse seiner etwas halbwildartigen Ausführungen unterbreitete er folgenden Antrag: "Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Duisburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verurteilt die Politik der Generalkommision und des Hauptvorstandes unserer Gemeinschaft sowie die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung durch die Unterstützung der Kriegspolitik der Regierung. Die Interessen des Verbandes werden nicht vertreten durch Jugendblätterfolge, sondern das Ziel muß sein, die Befreiung des Proletariats. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen durch die Proklamation des Bürgertums, sondern durch unentwegte Betätigung des Klassenkampfes. Die Generalversammlung hält an diesen Grundsätzen fest und weist alle Versuche zurück, die geeignet sind, die Organisation in andere Bahnen zu lenken. Sie spricht dem Hauptvorstand durch den letzten Aufruf in der Metallarbeiter-Zeitung das proletarische Empfinden ab. Er hat sein Amt als Vorstand verwirkt. Die Generalversammlung fordert den Vorstand auf, einen außerordentlichen Verbandstag mit folgender Tagesordnung einzuberufen: 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Änderungen des Statuts. 3. Stellungnahme zur Generalkommision. Die Verwaltungsstellen des Verbandes werden aufgefordert, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Der Antrag ist, wenn angenommen, in der Metallarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen." Der Kollege F. polemisierte ebenfalls scharf gegen den Vorstand und den Aufruf in Art. 10 unseres Verbandsorgans. Kollege Kremer sprach gegen die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages, indem er triftige Gründe anführte, die die Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages unmöglich machen. Er empfahl dem Vorstand und bei der Beiratleitung die Einberufung einer Bezirkskonferenz zu beantragen und zu derselben einen Vorstandsvorsteher einzuladen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich die Kollegen R. und F. schließlich, wie der Aufruf R. gegen etwa 100 Stimmen angenommen. — Die Ortsverwaltung stellte den Antrag auf Erhöhung des Lokalzuschlags um 10 % die Woche. Kollege Steiners begründete die Notwendigkeit der Vertragserschöpfung eingehend. Er wies nach, daß unsere Gewerkschaften nach dem Kriege vor großer Aufgaben gestellt werden. Während des Krieges hat die Organisation erstaunlichweise auch unter den Hüttenarbeitern festen Fuß gesetzt. Dies ist den Hüttenarbeitern sehr angenehm. Nach dem Kriege, wenn auch für sie wie für die Arbeiter die Fesseln des Hüttenarbeitergewerbes gefallen sind, werden sie die Drohungen, die einzelne Hüttendirektoren gegen ihre Ausschlußmitglieder ausgestossen haben, wahr machen und auf der ganzen Linie zum Angriff gegen uns vorgehen. Dann hat die Organisation besonders in der Hüttenindustrie die Feuerprobe zu bestehen. Deshalb gilt es jetzt für das nötige finanzielle Mittelzeug zu sorgen, damit vor den kommenden Kampfen richtig entgegenzugehen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich drei Redner gegen die Vertragserschöpfung. Sie sind nicht grundsätzlich Gegner der Vertragserschöpfung, sondern wollen durch die Leistung ihrer Protest gegen den Vorstand gezeigt werden. Der Vorstand und der Beirat gegen den Vorstand nichts zu tun. Die Erhöhung des Lokalzuschlags sei eine rein örtliche Angelegenheit. Aufsässig ist es, daß gerade die Kollegen, die immer jetzt erklären, die Gewerkschaften seien keine Kampforganiastionen mehr, nun mit einem Male die aufzubringenden Mittel, die nur zu Kampfzwecken verordnet werden sollen, verweigern. Bei der Abstimmung wurde die Erhöhung des Lokalzuschlags um 10 % von der 19. Woche an mit großer Mehrheit beschlossen. Da die Zeit schon zu weit vorgekippt war, konnte der Geschäfts- und Kassenbericht nicht mehr entgegenommen werden. Lediglich wurde auf Antrag der Reibonen dem Kassenbericht Einholung erlaubt.

Chemnitz. Am 28. April tagte im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses die Generalversammlung. Sie war zu Beginn von 700 Mitgliedern besucht. Der Bevollmächtigte hält einen erstklassigen Gesellschaftsbericht über das abgelaufene 1. Quartal. Der Redner wies auf die zahlreichen Lohnbewegungen hin, die zum größten Teil erfolgreich für die Befreiung verlaufen sind. Aus Süß- und Norddeutschland seien ihm Zeitungen übermittelt worden, die ihrem glänzenden Erfolgkreis hinzugehören der Arbeiterschaft, sondern wollen durch die Leistung ihrer Protest gegen den Vorstand gezeigt werden. Die meisten Redner sprachen für die Vertragserschöpfung. Steiners erläuterte im Schlussoptwort, die Beiratserhöhung habe mit dem Protest gegen den Vorstand nichts zu tun. Die Erhöhung des Lokalzuschlags sei eine rein örtliche Angelegenheit. Aufsässig ist es, daß gerade die Kollegen, die immer jetzt erklären, die Gewerkschaften seien keine Kampforganiastionen mehr, nun mit einem Male die aufzubringenden Mittel, die nur zu Kampfzwecken verordnet werden sollen, verweigern. Bei der Abstimmung wurde die Erhöhung des Lokalzuschlags um 10 % von der 19. Woche an mit großer Mehrheit beschlossen. Da die Zeit schon zu weit vorgekippt war, konnte der Geschäfts- und Kassenbericht nicht mehr entgegenommen werden. Lediglich wurde auf Antrag der Reibonen dem Kassenbericht Einholung erlaubt.

Chemnitz. Am 28. April tagte im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses die Generalversammlung. Sie war zu Beginn von 700 Mitgliedern besucht. Der Bevollmächtigte hält einen erstklassigen Gesellschaftsbericht über das abgelaufene 1. Quartal. Der Redner wies auf die zahlreichen Lohnbewegungen hin, die zum größten Teil erfolgreich für die Befreiung verlaufen sind. Aus Süß- und Norddeutschland seien ihm Zeitungen übermittelt worden, die ihrem glänzenden Erfolgkreis hinzugehören der Arbeiterschaft, sondern wollen durch die Leistung ihrer Protest gegen den Vorstand gezeigt werden. Die meisten Redner sprachen für die Vertragserschöpfung. Steiners erläuterte im Schlussoptwort, die Beiratserhöhung habe mit dem Protest gegen den Vorstand nichts zu tun. Die Erhöhung des Lokalzuschlags sei eine rein örtliche Angelegenheit. Aufsässig ist es, daß gerade die Kollegen, die immer jetzt erklären, die Gewerkschaften seien keine Kampforganiastionen mehr, nun mit einem Male die aufzubringenden Mittel, die nur zu Kampfzwecken verordnet werden sollen, verweigern. Bei der Abstimmung wurde die Erhöhung des Lokalzuschlags um 10 % von der 19. Woche an mit großer Mehrheit beschlossen. Da die Zeit schon zu weit vorgekippt war, konnte der Geschäfts- und Kassenbericht nicht mehr entgegenommen werden. Lediglich wurde auf Antrag der Reibonen dem Kassenbericht Einholung erlaubt.

Rundschau

Reichstag.

Eine ausführliche Darstellung der sozialpolitischen Errungen in der Volksversammlung des Reichstags, die in der letzten Woche gepflogen wurden, würde den uns hier zur Verfügung stehenden Raum erheblich überschreiten müssen; denn neben einzelnen Dingen von grossem Stil sind es ja auch heute noch hunderte von Einzelheiten, auf dem Gebiete des Gewerbetriebs wie auf dem der Sozialversicherung, an denen die befrende Hand anzuzeigen ist. Das geht erschöpfend genug alles einen schleppenden Gang. Vom Standpunkt der Arbeiter was wäre eine Beschleunigung noch mehr als einer Richtung fest zu wünschen; aber auch die Sozialpolitik wird nicht im laufenden Raum gemacht, sondern ihre Fortschritte sind das Ergebnis vieler eifriger und zeitlosen Bemühungen von Männer, die sich dabei auf die Macht der Organisationen stützen müssen und die mehr erreichen können, als der jeweiligen Macht eben dieser Organisation entspricht. Diese, nicht die "Gerechtigkeit" oder die "Barmherzigkeit" einer Forderung ist das Abschlaggebende. Daher die besondere Bedeutung der Verjährung unserer gewerkschaftlichen Bindungen. In dieser Zeit der Kriegsbedingtheit darf man wohl einmal daran erinnern, daß bei den Arbeiterorganisationen der Wunsch der Quantität in die Qualität" besonders deutlich hervortritt; es ist deshalb von höchster Bedeutung, daß die Massenbewegungen von unermüdlicher Geduldigkeitsfähigkeit sind, weil die wirklich lädierte Durchorganisation" den Arbeitern eines Berufes mit einem Schlag eine ganz andere volkswirtschaftlich-politische Stellung gibt, als sie im Zustand der Verzweiflung hatten. Wenn die Aufhebung des bekannten § 153 der Gewerbeordnung und die Schaffung der Arbeitskammern die Organisationen möglichst verfeinern, so werden sie dadurch mittelbar auf die Verbesserung der ganzen sozialen Lage der Arbeiterschaft ein.

Die Aufmerksamkeit der Volksvertretung wandte sich in der Beleidigungszeit überwiegend den Erörterungen der sogenannten Ostfragen im Haushaltsausschuss zu. Der Friede mit Rumänien hat sich jetzt den Friedensschlüssen in Brest-Litowsk angefügt und dabei ist das Wort gefallen, nun sei der Friede ausstand im Osten beendet. Das ist aber nicht so. Aber man wird nicht behaupten können, daß damit unsere Sorgen wegen der ferneren Gestaltung der Dinge im Osten gebannt seien. Im Gegenteil: es wird immer klarer, daß wir dort zunächst noch vor lauter "Problemen" stehen. Was aus den vom ehemaligen russischen Reich losgelösten "Handstaaten" eigentlich werden soll, ist noch immer nicht sicher; selbst über das Schicksal des zweitverselbständigteten Polens sind wir endauernd im Unge wissen. Und in der Ukraine, mit der wir den bisher einflussreichen Freien abgeschlossen haben, brachten uns die letzten Wochen Überraschungen, wie sich wohl niemand in Deutschland hätte träumen lassen! Es ist dort unter Mitwirkung oder doch Duldung der zur Hilfeleistung der Rote Armee eingeküldeten Truppen (das heißt ihrer Bevölkerung) zu einem jähren Umsturz gekommen, dessen Folgen sehr weitwirksam sein können. Selbstverständlich ist es unmöglich, ein sicheres Urteil über die Vorgänge zu fällen, da die Berichte nicht nur lückenhaft und einseitig sind, sondern auch den Ereignissen weit nachhinken. Sicherlich hat man in dem Reichstagssausschuss die lebhaftesten Besprechungen gehabt, es könne Deutschland von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer als eine "kontinuierliche" Macht auftreten und den Sieg über den alten Zarismus in die Unterstützung eines neuen umgestalten. Das würde uns die dort stehenden Völker auf ewig verfeinden. Es scheint, als ob die Reichsregierung, die sich bei ihrer letzten Umbildung auf ein ganz bestimmtes Programm festgelegt hat und die beruhigenden Worte auch bei dieser Gelegenheit nicht sprach, in ihrem Handeln weder frei noch ziellos sei. Das mag eine Zeit lang so hingehen, namentlich solange unter dem Eindruck der vorwärts schreitenden Westoffensive die Stimmung in beträchtlichen Teilen unseres Volks verhältnismäßig rosig ist; aber die Sorge um unsre wirtschaftliche und politische Zukunft ist stärker als diese Siegesstimmung. Wir können nur dann mit einiger Sicherheit auf ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben mit unseren östlichen Nachbarn, die sich doch auch einmal wieder in günstigeren Verhältnissen befinden werden als heute, rechnen, wenn wir aufrechtig und beharrlich das vielgestaltige und vielgeschätzte Selbstbestimmungsrecht der Nationen anstreben und unsere eigene Entwicklung in ihres Verhältnisse auf das unumgänglich notwendige Maß beschränken. Mit militärischer Gewaltpolitik ist da nichts zu machen. Dass die Regierung Herlitz-Sauer diese Weisheit erkennt und (im füllten) auch anerkennt, ist uns nicht zweifelhaft, fraglich nur, ob sie die Kraft hat, sie gegen Widerstände aus anderen Kreisen durchzudrücken. Darüber werden uns die nächsten Tage oder Wochen Klarheit bringen. Von dem Ergebnis der jetzigen Versammlungen, die demnächst in der Volksversammlung weitergesprochen werden sollen, hängt nicht nur das Schicksal der Regierung, sondern auch die Möglichkeit eines ferneren Zusammenarbeitens der jetzigen Reichstagsmehrheit ab. Wir sehen also wieder einmal am Vorabend wichtiger Ereignisse.

Nun den Schlichtungsausschuss.

Die bürgerliche Presse Deutschlands hat, wie es anderthalb ebenfalls geschieht, in ihren Rundschauzetteln über die "schärfste hohe Löhne" der Flüchtungsarbeiter berichtet. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese hohen Löhne den Arbeitern begünstigten und somit eher schädlich als nützlich für die Arbeiterschaft seien. Nachdrücklich im Herbst 1917 in unserer Verhandlungstafel wieder geordnete Zukunft eingesetzt waren, wurde von der Ortsverwaltung für die meisten Betriebe eine genaue Lohnqualität aufgenommen. Dabei stellte sich heraus, daß die geschätzten Löhne in keinem Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung standen. Die Arbeiterschaft stellte deshalb entsprechende Lohnforderungen. Eine Anzahl von Firmen lehnte zunächst jede Lohn erhöhung ab, während sich ein Teil mit der Arbeiterschaft verständigte. So die Arbeiterschaft eine Einstellung nicht erzielen konnte, wurde der Schlichtungsausschuss angewiesen. Das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss gestaltete sich ungeheuer langwierig. Es war zum Beispiel festgestellt worden, daß Männer, die im Dezember 1917 eingereicht wurden, nach Ablauf von 3 Monaten noch nicht erledigt waren. Auf Befragen teilte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses mit, daß jede Woche nur ein Termin stattfinden könne. Eine benötigte Erledigung der Geschäfte ist nicht im Sinne des Gesetzgebers. Die Vorbereitung der Plägesachen war ebenfalls sehr langsam und endete sich erst, nachdem es zu einem Zusammenschluß der Parteien vor Gericht gekommen war. Bei allen Terminen war die Arbeiterschaft durch einen Standortwart vertreten. In letzter Zeit hat auch ein Unternehmer durch einen Standortwart vertreten. Wenn im Anfang für die Forderungen der Arbeiterschaft ausreichend war, so kann dies für die Gegenpartei nicht mehr behauptet werden. So der letzten Verhandlung wurde vom Schlichtungsausschuss ein Urteil gefällt, das geradezu die Kritik herausfordert. Der betroffene Unternehmer lehnte jedes Einigegewonnen ab und das Gericht fügte folgendes Urteil:

1. Allen Kaufmännern, die unter 1,10 M. Gehaltsdienst die Stunde haben, 2. Allen Handwerkern, die unter 1 M. Gehaltsdienst die Stunde haben, und 3. Allen Gutsarbeitern, die unter 80 S. Gehaltsdienst die Stunde haben, soll auf Durchsatz der Arbeiterschaft ausgestellt werden ferner a. u. a.

Das legte Wort im Urteil ist überflüssig! Danach wäre es ja ganz in das Interesse des Unternehmers gefallen, ob er den Arbeitern ausstellen will oder nicht.

Aber darum kommt es keinen Endes gar nicht an. Mit diesem Schiedsspruch hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß die angeführten Löhne als auskömmlicher Verdienst angesehen sind. Hier steht aber einen beständigen Standpunkt an einer Stelle, bei jeder die Bedürfnisse eines Arbeitershauses nicht ausgereicht. Auch den höheren Lebensmittelpreisen und den Kosten für Miete und notwendige Nebenkosten auf der Grundlage einer vierzügigen Familie, bei auskömmiger Normalarbeitszeit mindestens einer Stunden verdienst von 1,73 M. haben. Diese Bedürfnung ist vom Dezember 1917. Seit dieser Zeit ist eine weitere Steigerung der wichtigsten Nebenkosten eingetreten. Nach einer formellen Steigerung der Kosten für Normalarbeitszeit um 10% ist nunmehr eine weitere Steigerung auf dem Schlichtungsausschuss bekannt und wird angefordert werden. Diese sowie die Arbeiterschaft jedes Vertrittens zu einer beständigen Steigerung bereit, je um das verhindern. Ob eine solche Steigerung allerdings die Arbeiterschaft erträgt, muß beurteilt werden. Das Urteil muss aber auch noch von einer anderen Ausgangspunkt aus bewertet werden. Sicherlich gibt es heute bereits eine Form von gemeinsamer Spezialarbeitszeit, bezug auf einzelne Betriebe und für einen jeden Betrieb ein bestimmtes Urteil gesetzt zu former die Arbeitern nach dem Schichtplan. Es ist aber nicht in einem gewissen Betrieb ausgenommen werden kann, daß der Ort ein folgerichtig verändert ist, indem die Arbeiterschaft in diesem Betrieb den Ort zu verlassen und die Umwandlungsfähigkeit der Betriebsleitung nicht mehr auf sich zu nehmen.

II. Technikerkündigung zur Erzielung einer Arbeitszeitverkürzung.

Am 25. April (Festtag verboten) Die Technikerarbeiter S. A. R. und S. K. werden wegen Sachbeschädigung vor Gericht verhört zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Dieser ist zur Zeit gemeinsam in einer deutschen Zelle im Gefängnis eingesperrt und zum Entfernen eines technischen Werkzeuges, das von den Zeichnungen der Fabrik hergestellt war, bestimmt. Sie gehen an die Zeichnungen, die von den Zeichnungen hergestellt werden, die viele für unschädlich mit dem Sachbeschädigungen.

Gründe begangen zu haben, um bei den falsch angelegten Nebekosten sich eine Ruhepause zu verschaffen. Darauf erkannte jedoch das Landgericht keinen widernden Umstand, sollte vielmehr gemeinschaftlich verabredet und auch ausgeführte Handlung in einem Betriebe fest, der für die Herstellung von Kriegsbedarf von Bedeutung ist. Die Angeklagten legten gegen diese Entscheidung Revision beim Reichsgericht ein, die heute veroorthe wurde. (Urteil des Reichsgerichts vom 26. April 1918, Urteilezeichen 4 D. 322/18.)

Anmerkung der Schriftleitung. Wir teilen auch dieses Urteil unseren Kollegen zur Warnung mit. Aus dem Bericht geht nicht hervor, wie lange die verurteilten Arbeiterinnen schon hatten arbeiten müssen und wie ihre doch wahrscheinlich schon vorher gesuchten Wünsche nach einer Ruhepause vom Unternehmer aufgenommen worden sind.

Die Kleidernot.

Der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung, Dr. Baertler, hat am 18. April ein dringendes Rundschreiben an die Kommunalverbände erlassen zur Einleitung einer gründlichen Sammeltätigkeit zur Bekämpfung von Überkleidung für Arbeiter kriegswichtiger Betriebe, der Landwirtschaft und der Eisenbahnenwaltung. Da nur ein Bruchteil des Erforderlichen aus Befunden der Reichsbekleidungsstelle, aus Zuweisungen der Heeresverwaltung und aus Lieferungen von Handels und Gewerbes gebettet werden kann, sieht sich die Reichsbekleidungsstelle gezwungen, sich wegen des Restes an die Öffentlichkeit der wirtschaftlich besser gestellten Bevölkerung zu wenden. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Gefahr, daß der aufzubringende Kleidungsstädte nach einem einheitlichen Maßstab auf die einzelnen Bundesstaaten umgelegt, die ihrerseits wieder die Kommunalverbände mit der Auflage beladen. Die Reichsbekleidungsstelle regt daran, daß es möglich sein werde, die von den Kommunalverbänden erforderlichen Kleidungsstädte ausschließlich im Wege freier Abgabe gegen Bezahlung zu erwerben. Sie hat sich aber ein schärferes Vorgehen gegen widerstreitende Personen vorbehalten. Das Rundschreiben sagt darüber: "Falls abgesetzte Personen nicht mindestens einen Anzug ableisten, werden die Kommunalverbände auf Grund der Bundesstaatsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 ermächtigt, von diesen ein mit der Verschärfung der Straftat und Vollständigkeit verschiedener Vergehen in ihrer Oberleiter und zur Ansetzung solcher geeigneter Stoffe zu fordern und die Angaben an aufzurüsten und weitere erforderliche Maßnahmen zu treffen."

Die Reichsbekleidungsstelle gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Kommunalverbände diese für das wirtschaftliche Durchhalten unbedingt erforderlichen Maßnahmen mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln fördern und dafür Sorge tragen, daß die ihnen auferlegte Zahl Oberleiter zusammengebracht wird. Sollte infolge Verzäumtheit eines Kommunalverbandes das Ergebnis der Sammlung unbefriedigend sein, so behält sich die Reichsbekleidungsstelle vor, für den Bezirk des Kommunalverbandes weitere Maßnahmen zu treffen. —

Drei Anklagerungen finden wir nun schon seit längerer Zeit in der Presse. Sie liegen anders als ein "Blaß", der in einem bürgerlichen "Blatt" zu einer Zeit liegen, wo schon von der

Beschaffung getragener Kleidung für Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben die Rede war, übgebildet waren einige provokativ und geschmaclos herumgeworfene Raumpersonen, von denen einer einen Eisenkampf trug. Daneben standen zwei andere Raumleute in ziemlich abgekratzter Kleidung. Von diesen sagt der eine zum andern: "Wer mögen denn eigentlich diese Dandies da sein, Herr Kommerzienrat?" — Die Antwort lautet: "Was, das wissen Sie nicht, lieber Doktor? Das sind doch die Herren Munitionsarbeiter."

Hoffentlich läßt die Reichsbekleidungsstelle es nicht nur bei solchen Drohungen bewenden, sondern veranlaßt, daß dort rücksichtslos angegriffen wird, wo sich überflüssige Vorräte befinden. Hat man die Abgepflicht auf alle möglichen Dinge des Haushalts ausgedehnt, so ist nicht einzusehen, warum überflüssige, über das Bedürfnis des Notwendigen hinausgehende Bekleidungsgegenstände davon verschont bleiben sollen. Bedenklich ist dabei nur, daß die Sache nun schon einige Wochen in der Presse breitgetreten worden ist, so daß mancher Kleiderhändler seine Vorräte aufzehrte, um die Sicherheit bringen könnte.

Einschmelzung von Denkmälern.

Wie die Tagesschreiber meldet, hat der preußische Kriegsminister unlängst einer Zusammenkunft von Kaufverbindungen mitteilen lassen, daß ein erheblicher Teil der in Deutschland befindlichen Denkmale eingehauen werden müsse. Denkmale von höherem Kunstwert sollten jedoch gespart werden. Da wird man abwarten müssen, welche Denkmale als solche von höherem Kunstwert gelten.

Vom Husland

Berechtigte Staaten von Nordamerika.

Rud. Auguste Handels- und Sölfars-Tidende hat Hurley, der Präsident des Shipping Board der Vereinigten Staaten, kürzlich in der National Marine League of the United States in New York über den gegenwärtigen Stand der Schiffsmöglichkeit gesprochen und dabei unter anderem folgende Angaben gemacht: Bei seinem Eintritt in den Krieg hatte Amerika 37 Schiffe für Schlachtschiffe. Jetzt sind 81 Schiffe für Stahl- und Holzschriften hinzugekommen und 18 Schiffe entzogen worden. In den neuer und in der erweiterten Stahljapaner werden 235 neue Schiffe gelegt, was gegen die englischen Konkurrenten ein Maß von 26 Schiffen bedeutet. Die Anlagen sind fertiggestellt und die Leistungsfähigkeit ist bereits unglaublich. Zum Beispiel legte die San Joaquin & Gandy Corporation in Seattle den Ziel zu einem Dampfer von 8800 Tonnen, der 64 Tage später ins Wasser gelassen wurde. Am 5. Januar wurde er an die U. S. Fleet Corporation abgeliefert und kommt am 14. Januar in See. Die San Joaquin & Gandy Corporation in Dassel, Cal., lief drei Dampfer von je 9200 Tonnen an ein und denselben Nachmittag aus. Sie sind am 1. März, besonders sich in amerikanischen Gewässern Schiffe von einer Gesamttonnage von 8205 708 Tonnen in See, wovon 5 168 300 unter Vertrag mit der Emergench Fleet Corporation und 3 045 408 Tonnen requirierte Schiffe. Davon sind jetzt 23 in S. fertig. Trotz jüngerer Kästen- und Transportverzögerung ist in dem ersten Quartal dieses Jahres ebensoviel Tonnage in Amerika wie in allen übrigen Ländern zusammen hergestellt worden. Die San Joaquin & Gandy Corporation hat einen Preis von 2 Millionen Dollar; dadurch sind über 112 deutsche und französische Schiffe dieses Stanges mit einer Längslast von insgesamt etwa 200 000 Tonnen dorthin gesunken. Die 37 älteren Schlachtschiffen haben ihre Helgen von 162 auf 195 vermehrt. Bei den amerikanischen Schiffen liegen 35 mit 258 Helgen an der Küste und 16 mit 56 Helgen an der Küste und 13 mit 84 Helgen an den großen Seen. Bei einem Schiffsverlust von 100 Tonnen kostet die Reparatur eine leise vergebene Künste. Die Regierung hat 24 ältere Schiffe für 1500000000 mit 73 Helgen. Jetzt gibt es 81 mit 352 Helgen. Somit geschieht, daß von jedem Helgen jährlich zwei Schiffe passieren können, welche das Schiff für Holzschriften für 2500000 Tonnen dorthin stellen. Diese 352 Helgen geben zusammen mit den 398 Helgen für Eisbrecherne an der Küste eine Gesamtzahl von 750 Helgen. Das sind 521 Helgen mehr, als Eric Geddes in seiner letzten Rede für England angegeben hatte. Am Schluß berührte Hurley noch die Arbeiterschaft und erwähnte dabei, daß die geforderten Baumaterialien infolge der Erhöhung der Schiffe auf über 300 Millionen Dollar belastet würden. Für Jahre 1916 waren weniger als 45 000 Tonnen an den Staatsverträgen befreit. Am 1. März dieses Jahres liegt die Angabe 236 000. In einzelnen Fällen werden 500 000 Tonnen an Holzschriften ausgesetzt, die von den Zeichnungen hergestellt werden. Diese sind jedoch nicht mit dem Gesamtvermögen

Eingegangene Schriften

(Für Bewilligung der angezeigten oder besprochenen Werke wenden sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Der Tag der Heimat. Soziale Fragen der Wirtschaftsgesellschaft. (Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Herausgegeben vom Vorstande. Heft 59. 7. Band, Heft 4. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1918. 108 Seiten Preis 2 M. — Ein Sammelband, zu dem 12 verschiedene Schriften beigefügt haben. Einleitung und Nachwort schrieb außerdem noch Professor Dr. H. Wissel in Tübingen. Die einzelnen Beiträge sind: Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Hauptmann d. R. Dr. W. Büsselberg. — Boden und Kapitalbeschaffung. Von A. Damaschke. — Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege. Von Paul Umbreit. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge für Frauen. Von Dr. Käthe Gaebel. — Angestelltenfragen von Dr. E. Heyde. — Großstadtprobleme. Von Stadtrat Dr. Eich. — Das Beauftragte nach dem Kriege. Von Dr. G. Bernhard. — Wohnungsnott und Finanznot. Von Dr. H. Kuczynski. — Der Entlassungsplan. Von Referendar H. Löwe. — Sachliche Demobilisierung. Von Prof. Dr. J. Oppenheimer. — Die Absicht, in der das Buch herausgegeben worden ist, ist der Arbeitsmarkt nach dem Kriege. Von Geh. Reg.-Rat Dr. H. Feigl. — Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Von Wissel. Geh. Rat Dr. E. Thiel. — Die Bereitstellung von Arbeit durch Ausbildung und Mechanisierung der Land